

## **Kurzmeldungen September 2010**

### **neue Standards für Atommülllager**

Bundesumweltminister Röttgen (CDU) will die Sicherheitsanforderungen für das Atommüll-Endlager Gorleben senken. Derzeit muß eine Bergung des radioaktiven Abfalls noch nach 500 Jahren möglich sein. In Röttgens Entwurf sei diese Rückholbarkeit komplett gestrichen worden, denn nach neueren Forschungsergebnissen sind Salzbergwerke wegen der Zersetzungsprozesse im Salz als Endlager nicht geeignet.

Quelle: Kontraste 27.5.10

### **Kohlesubventionen**

Nach einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FOeS) erhielt die Stein- und Braunkohleförderung im Jahr 2008 Subventionen in Höhe von 12,8 Mrd Euro. Die Bundesregierung nennt im Subventionsbericht nur 1,9 Mrd Euro.

Wir zahlen doppelt: für falsche Subventionen und für Klimaschäden.

Von 1950 bis 2008 flossen insgesamt Kohlesubventionen in Höhe von 432 Mrd Euro.

Quelle: Greenpeace 3.6.10

### **CCS-Gesetz**

Das CCS-Gesetz zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid soll schmutzigem Kohlestrom ein sauberes Image geben. Ein Kraftwerk mit CCS benötigt zur Erzeugung der gleichen Strommenge bis zu einem Drittel mehr Braun- oder Steinkohle. Es wird den Energiekonzernen erlaubt, spätestens 30 Jahre nach Beendigung der CO<sub>2</sub>-Verpressung sämtliche Haftungsrisiken auf die Bundesländer zu übertragen.

Quelle: sonnenseite.com 28.8.10

### **Atommülllager Asse**

Im maroden Atommülllager Asse bei Wolfenbüttel lagern zehnmal mehr Fässer mit mittelradioaktivem Abfall als angenommen. 14 800 Abfallbehälter, die als leichtradioaktive Stoffe deklariert wurden, sind demnach mittelradioaktive Abfälle. Bisher hatte es geheißen, es seien knapp 1300 Fässer mit mittelaktiv strahlendem Müll in der Asse. Außerdem liegen die Behälter in mehreren Lagerkammern auf verschiedenen Ebenen im Bergwerk verteilt.

Quelle: dpa 10.9.10

### **BP-Ölpest**

Die Explosion und der dramatische Untergang der Ölplattform "Deepwater Horizon" führte zu einer massiven Verseuchung im Golf von Mexiko.

Bereits drei Wochen nach Beginn der Bohrungen im Oktober 2009 hatten BP-Techniker festgestellt, dass in 4.000m Tiefe unerwartet Gas vom Gestein in die Bohrung drang. Nachdem eine Mess-Sonde im Bohrloch steckenblieb, nahm BP bewusst unzureichende Rohrabdichtungen in Kauf und verzichtete aus Kostengründen auf den zeitintensiven Einsatz einer Zement-Sonde.

BP hat für die Bohranlage eine Tagesmiete mit Nebenkosten eine Mio. Dollar pro Tag gezahlt und deshalb Gefahren bewußt in Kauf genommen. Beim Zementieren des Bohrlochs stieß die Firma Halliburton auf schwierige Bedingungen. Deren Spezialbeton

war nicht gasdicht. BP hatte außerdem den Bohrschlamm nicht auf Gasgehalt überprüft, um Zeit und Geld zu sparen. Hinzu kam dann ein defektes Sperrventil. Die BP-Techniker erkannten die Explosionsgefahr zu spät.

Quelle: sonnenseite.com 12.6.10

### **Blualgen in der Ostsee**

In der Ostsee hat sich im Juli ein Algenfilm über 1600 km in der Länge und 190 km in der Breite gebildet. Das ist der größte Algenfilm seit 2005. Aufgrund des hohen Nährstoffgehalts in der Ostsee durch Düngemittel vermehrten sich die Algen explosionsartig. Durch große Algenteppiche entstehen Todeszonen ohne Sauerstoff am Meeresgrund. Sterben die Algen ab, wird besonders viel Sauerstoff verbraucht und giftiger Schwefelwasserstoff gebildet, der allen Organismen am Ostseegrund schadet. Die Ursachen dafür liegen in der Umweltpolitik der Anliegerstaaten. In Schweden ist beispielsweise kürzlich die Düngemittelsteuer abgeschafft worden. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Landeswassergesetz so geändert, dass statt bisher bis auf sieben Meter jetzt bis auf einen Meter an Gräben und Bäche heran gedüngt und gespritzt werden darf.

Quelle: sonnenseite.com 26.7.10, WWF

### **Walfangkompromiss geplatzt**

Zwei Jahre lang wurde in geheimen Verhandlungen ein Walfangkompromiss erarbeitet. Er hätte erstmals seit 1986 wieder die kommerzielle Jagd auf bis zu 1.400 Wale jährlich erlaubt und damit das Walfangmoratorium aufgeweicht. Vor allem Deutschland, England und Frankreich haben diesen Vorschlag abgelehnt.

Seit vielen Jahren ignorieren Japan, Island und Norwegen das Walfangverbot.

Quelle: dpa 23.6.10

### **2° C-Klimaziel wird verfehlt**

Die zur Kopenhagen-Vereinbarung eingereichten Selbstverpflichtungen der Länder, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren, werden die globale Erwärmung nicht auf zwei Grad Celsius begrenzen. Tatsächlich bedeuten sie einen Anstieg der globalen Mitteltemperatur um mehr als drei Grad Celsius in diesem Jahrhundert.

Die jährlichen globalen Emissionen werden bis zum Jahr 2020 um 10-20% zunehmen. Sie erreichen dann Werte, die in ihrer Wirkung 47,9 bis 53,6 Gigatonnen Kohlendioxid entsprechen (Gigatonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente, GtCO<sub>2</sub>-eq). Das ergibt eine Wahrscheinlichkeit von über 50%, dass sich das Erdklima im 21. Jahrhundert um mehr als 3° C erwärmt. Um das 2° C-Limit einhalten zu können, sollten im Jahr 2020 nicht mehr als 40 bis 44 GtCO<sub>2</sub>-eq emittiert werden.

Bis zum 13. April hatten 76 Länder ihre Reduktionsziele zur Kopenhagen-Vereinbarung eingereicht. Diese Länder verursachen rund 80% der weltweiten Emissionen. Japan und Norwegen sind die einzigen Industrieländer, deren Selbstverpflichtungen mit dem 2° C-Limit vereinbar sind.

Die USA haben angegeben, ihre Emissionen bis 2020 um 17% gegenüber dem Stand von 2005 zu reduzieren, was nur 3% gegenüber dem Stand von 1990 entspricht. Insgesamt müssten sämtliche Industrieländer zusammen ihre Emissionen bis 2020 jedoch um 25-40% verringern. Das Minimalziel Chinas, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen relativ zum

Bruttosozialprodukt um 40% gegenüber 2005 zu verringern, entspricht ungefähr einer Entwicklung ohne Klimaschutzmaßnahmen. Die EU hat Reduzierungen von 20-30% angeboten. Die Emissionen um 20% zu senken, würde von heute bis 2020 zu geringeren jährlichen Reduzierungen führen, als bereits im Durchschnitt der letzten 30 Jahre erreicht wurden.

Das Forscherteam um Erich Roeckner vom Max-Planck-Institut für Meteorologie (MPI-M) kommt zum Schluss, dass gemessen am heutigen Wert, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um 50% reduziert werden müssen, damit das von der EU angestrebte 2°C-Ziel nicht überschritten wird.

Quelle: PIK 2010, MPI 29.7.10

### **Afghanistan-Krieg**

Die deutschen Kosten des Krieges in Afghanistan sind 3,59 Mrd Euro von 2002 bis 2009 im Rahmen des ISAF-Mandats (jährlich etwa zwischen 300 bis 670 Mio Euro).

Hinzu kommen die Kosten für die Beteiligung an der "Operation Enduring Freedom" (OEF). Die lagen in den Jahren 2001 bis 2009 bei insgesamt 1,019 Mrd Euro (jährlich etwa zwischen 50 bis 300 Mio Euro).

Im Einsatz waren im Mai 2010 1000 Landfahrzeuge, 7 Transportflugzeuge, 7 Hubschrauber, 6 Tornadoflugzeuge und 76 Aufklärungsdrohnen im Einsatz.

Für Personenschäden in Afghanistan wurden ab 2008 etwa 30.000 US-Dollar jährlich Entschädigung gezahlt.

Quelle: Freitag 29.6.10

### **Sparpaket und Ökosteuern**

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett ein Sparpaket (Eckpunktepapier der Bundesregierung), das auch einige sinnvolle Öko-Abgaben enthält. Das Sparpaket hat ein Volumen von insgesamt 80 Mrd. €, verteilt auf 4 Jahre. Teil dieses Pakets sind neben der Brennelementesteuer, eine Flugticketabgabe (1 Mrd Euro, die Steuervorteile liegen derzeit bei 11,5 Mrd. Euro im Jahr), der Abbau von Ausnahmen bei der Ökosteuer (1-1,5 Mrd Euro, die Steuervorteile liegen derzeit bei 6 Mrd. Euro im Jahr) und einen schnelleren Abbau der Kohlesubventionen.

Hinzu kommen die geplante Ausweitung der LKW-Maut und die Finanztransaktionsteuer, die nicht zum Sparpaket gehören.

Bundesbauminister Ramsauer (CSU) fordert die Sanierung aller Wohngebäude in Deutschland bis 2050 auf Nullenmissionsstandard und fordert dafür jährlich mindestens 75 Mrd Euro. Es wird mit 5-10% höheren Wohnkosten gerechnet.

Die Pläne der Bundesregierung die CO<sub>2</sub>-Speicherung weiter auszubauen, sind von vornherein ein sinnloser Weg und damit Geldverschwendung.

Quelle: foes.de, dpa 12.8.10

### **Langzeitrisiken von Imidacloprid unterschätzt**

Der niederländische Toxikologe Dr. Henk Tennekes weist in einer aktuellen Untersuchung nach, dass die Langzeitrisiken der Insektizide Imidacloprid und Thiacloprid weitaus größer sind, als bislang angenommen. Dies könne eine der Ursachen für die Bienenvolksterben in aller Welt sein.

"Das Risiko von Pestiziden wie Imidacloprid und Thiacloprid wird wahrscheinlich enorm

unterschätzt, besonders für Wasserlebewesen und Bodenorganismen. Die bislang gültigen Grenzwerte wurden weitgehend aus Kurzzeit-Tests abgeleitet. Würde man Langzeit-Versuche durchführen, könnten schon bei wesentlich geringeren Konzentrationen verheerende Schäden auftreten. Damit kann erklärt werden, wieso schon geringe Mengen Imidacloprid längerfristig Bienensterben verursachen können“.

Quelle: Coordination gegen BAYER-Gefahren 28.7.10

### **Putenmast**

Die Niedersächsische Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen ist als ehemalige Geschäftsführerin und Eigentümerin der „Mastputen Brüterei Ahlhorn“ massiv verstrickt im großen Netzwerk der tierquälerischen Geflügelerzeugung. Das Familien-Unternehmen Grotelüschen verdient unter anderem an der Puten-Erzeugergemeinschaft Mecklenburg-Vorpommern, die sie mit Putenküken beliefert, und dem Geflügelschlachthof „Geestland Putenspezialitäten GmbH“ in Wildeshausen kräftig mit.

Zugleich ist sie als Ministerin des Landwirtschaftsministeriums für die Einhaltung und Umsetzung des Tierschutzrechts zuständig.

Die Tierschutzorganisation Tier & Mensch e.V. wirft Ministerin Grotelüschen schwerwiegende Tierrechtsverletzungen bei Puten vor: Unvereinbar mit dem Tierschutzgesetz sind das routinemäßige Verstümmeln der empfindlichen Schnäbel sowie die Qualzucht der Mastputen. Sie wachsen viel zu schnell, besonders ihr Brustmuskel ist auf die vierfache Größe gezüchtet. Die Tiere werden durch das Übergewicht nach vorne gezogen, Knochen und Gelenke werden massiv überlastet, sie sind verformt und entzündet. Fast jede Pute leidet unter Fußgeschwüren und ein hoher Prozentsatz ist mit Keimen verseucht, die Lebensmittelvergiftungen auslösen können.

Die Einhaltung des Tierschutzgesetzes ist jedoch nicht einklagbar.

Die Tierschutzorganisation fordert daher den Rücktritt von Frau Ministerin Grötelüschen.

Quelle: Report Mainz, [tumev.de](http://tumev.de) 10.8.10

### **Gen-Kartoffeln**

Am 19. April waren die Gen-Kartoffeln unter Polizeibewachung gepflanzt worden. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hielt Anfang September nun bei der Ernte der ersten genmanipulierten Kartoffeln aus einem Acker bei Zepkow eine Lobrede auf die Gentechnik, die der Chemiekonzern BASF aus Ludwigshafen seit April auf 15 Hektar dort anbaute, obwohl Anwohner und Naturschützer immer wieder heftig dagegen protestiert hatten. Für das Pressefoto holte er in Anzug und Gummistiefeln die ersten Gen-Kartoffeln aus der Erde und hielt die Knollen lächelnd in die Kamera.

Etwa 80 Hektar der Genkartoffeln wurden in Schweden und 150 ha in Tschechien angebaut. Nächstes Jahr wollte BASF 1000 ha mit der Amflora-Kartoffel bestellen. Auf dem Feld in Schweden fanden sich aber neben der EU-weit zugelassenen Sorte "Amflora" auch Pflanzen der Kartoffel "Amadea", die noch nicht zugelassen ist. Daraufhin verbot der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern Till Backhaus die Vermarktung der Genkartoffeln. Bereits im Juli diesen Jahres hatten Gentechnik-Gegner auf 1 ha die gentechnisch veränderten Pflanzen aus dem Boden gerissen.

Quelle: SVZ 1.9.10, tagesschau.de 8.9.10

## **Gen-Raps**

Genetisch veränderter Raps kann sich auch über große Entfernungen ausbreiten. Das haben Forscher an Straßenrändern im US-Bundesstaat North Dakota herausgefunden. Bei Tests zeigten 86% der Pflanzen außerhalb ihrer Anbaugelände Zeichen genetischer Veränderungen.

Quelle: Spiegel.de 6.8.10

## **Gen-Zuckerrüben**

95 Prozent der in den USA angebauten Zuckerrüben sind genmodifiziert. Die Genehmigung dafür hat die Regierung vorschnell erteilt, entschied jetzt ein Gericht - und hat den weiteren Anbau der Gen-Rüben verboten. Das Anbauverbot gilt nur für Neuanpflanzungen. Bisher angebaute Pflanzen der Sorte dürfen weiterhin genutzt und geerntet werden.

Umweltschützer hatten geklagt, dass die von Monsanto entwickelten Zuckerrüben Resistenzen gegenüber dem Monsanto-Unkrautvernichtungsmittel Roundup gebildet haben.

Quelle: spiegel.de, radio-utopie.de 14.8.10

## **Genveränderungen werden durch die Muttermilch weitergegeben**

Beim Einsatz von Gentech-Futtermitteln finden sich synthetische Gensequenzen in Ziegen und Ziegenkitzen. Dies ist der alarmierende Befund einer aktuellen Fütterungs-Studie der Universität Neapel.

Damit ist wissenschaftlich belegt, dass Bestandteile von Gen-Nahrungsmitteln in die Organe gelangen und dort Veränderungen hervorrufen.

Quelle: Global2000 28.5.10

## **Kritik an Exportförderung**

Durch die Exporte in die Entwicklungsländer werden häufig Kleinproduzenten vor Ort verdrängt. Zusätzlich wird die Abhängigkeit dieser Länder von Nahrungsmittelimporten weiter verschärft. Bei Preissteigerungen auf den internationalen Agrarmärkten, wie jüngst bei Weizen geschehen, wird Nahrung für arme Bevölkerungsgruppen unerschwinglich. Die Menschenrechtsorganisation FIAN fordert von der Bundesregierung deshalb klare Maßnahmen, die sicherstellen, dass Exportförderung nicht zur Verletzung des Rechts auf Nahrung beiträgt.

Die Zahl der Hungernden ist letztes Jahr um 98 Millionen auf 925 Millionen gefallen. Damit liegt sie immer noch weit über den Zahlen aus 2007. Deutsche Milch- und Fleischexporte sind im 1. Halbjahr 2010 um 7% angestiegen. Kleinbauern können nicht mit den Billigimporten konkurrieren und verlieren ihre Lebensgrundlage.

Quelle: FIAN 15.9.10

## **Überfluß an Backwaren**

Jedes Jahr bleiben in Deutschland rund 80.000 t Brot und Brötchen übrig. Das sind mehr als 10% der Gesamtproduktion. Nur ein geringer Teil wird über die regionalen Tafeln an Bedürftige verteilt. Der Rest wird an Tiere verfüttert, verbrannt oder weggeschmissen.

Quelle: dpa 10.9.10